



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
66. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.06.2022	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:30 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	Vertretung Vorsitz für Herrn Petereit	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD	Vertretung für: Frau Sabine Haltern Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thorsten Fürter - FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke Fraktionsvorsitzender	
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	ab TOP NEU 3.7 / 17:09 Uhr	
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU	Vertretung für: Frau Dagmar Hildebrand Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Sandra Odendahl - SPD	Vertretung für: Herrn Peter Petereit Fraktionsvorsitzender	
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende		
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender		
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr	

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	bis TOP 12.1 / 19:15 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Ralf Kusmierz - FBC FB 2	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Beate Leu - 1.203 - Beteiligungscontrolling	
Thomas Manke - Strategie und Innovation	öffentl. Teil bis TOP 4.2 / 17:24 Uhr
Lisa Rupp - Stabstelle Ehrenamtskoordination	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Sonstige Personen	
Jahan Mortezaei - Forum für MigrantInnen	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.05.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)	
3.2	Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)	
3.3	Anfrage des AM Michelle Akyurt BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu VO/2020/08803 "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung	VO/2020/08803-02
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Michelle Akyurt BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu VO/2020/08803 "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung	2020/08803-02-01
3.4	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verzicht auf offizielle städtische Social-Media-Kanäle	VO/2022/11152
3.5	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Geruchsrisiken im Gewerbegebiet Semiramis	VO/2022/11209
3.6	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. die Erweiterung der Deponie Niemark	
3.7	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. Große Burgstraße	
3.8	NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Löttsch (CDU) betr. die Erreichbarkeit der Bauverwaltung	
3.9	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Volksfest	
3.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die Einführung der eAKte	
3.11	NEU: mündl. Anfrage des AM Lehrke (Die Unabhängigen) betr. Flüchtlinge aus der Ukraine	
4	Berichte	
4.1	Jahresbericht 2021 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11150

4.2	Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2021	VO/2022/11022
4.3	Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen	VO/2022/11142
4.4	Bericht zum Antrag des Jugendhilfeausschusses zum Austauschvertrag von AM Puhle (SPD), Hildebrand (CDU), Stojan (Grüne) zu: "Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck"	2/10827-01-01-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Verstetigung der im Jahr 2018 neu geschaffenen, befristeten zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene	VO/2018/06130-01
5.2	Freiwillige Restitution von Objekten aus der Völkerkundesammlung der Hansestadt Lübeck	VO/2021/10537
5.3	Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck	VO/2022/10755
5.4	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/10758
5.5	Verlängerung der Pilotphase des Vertretungsmodells Kindertagespflege um ein Jahr	VO/2022/11009
5.6	Preistarif Nordische Filmtage Lübeck - Anpassung der Ticketpreise	VO/2022/11107
5.7	Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	VO/2021/10558
5.7.1	Änderungsantrag des AM David Jenniches (AfD): Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	VO/2021/10558-10
5.7.2	Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag zur Anlage C - Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	2021/10558-06-01
5.7.3	Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	2021/10558-11-01
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Die Unabhängigen: Änderungen der Geschäftsordnung der Bürgerschaft zur Durchführung der Einwohnerfragestunde	VO/2022/11108
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	

7.1	Antrag Sascha Luetkens (DIE LINKE) und Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukrainischer Geflüchteter	VO/2022/11179
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.5/VO 11209 Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Geruchsrisiken im Gewerbegebiet Semiramis

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 17.05.22 folgenden Beschluss im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

1. Das Projekt zur Renaturierung des Blankenseebaches wird freigegeben und der Ausschreibung der Aufträge hierzu zugestimmt.
2. Der Bürgermeister wird mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt und stellt hierzu die haushaltsmäßige Ordnung her.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von

- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
- Frau Köhler, Persönliche Referentin des Bürgermeisters
- Frau Leu, Beteiligungscontrolling

gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahmen von Herrn Groth, Frau Köhler und Frau Leu am nichtöffentl. Teil der Sitzung zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 5.7.
Es spricht das AM Lötsch.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 5.4, da hierzu noch eine Beratung im Fachausschuss ausstehe. Zu TOP 5.3 bestehe noch Redebedarf, sodass eine Vertagung dieses TOP vor Eintritt in die Tagesordnung nicht vorgesehen sei.

Frau Senatorin Frank weist darauf, dass die Vorlagen unter TOP 5.3 und 5.4 thematisch zusammengehören und daher auch gemeinsam aufgerufen werden sollten.

Der Vorsitzende zieht seinen Vertagungsantrag zu TOP 5.4 zurück und sieht vor, die Vorlagen unter TOP 5.3 und 5.4 gemeinsam aufzurufen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.
 Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt der Tagesordnung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.05.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrück)

Frau Senatorin Steinrück berichtet von steigenden Inzidenzwerten. Schwere Verläufe liegen nach Rückmeldungen der Kliniken und der niedergelassenen Ärzte nicht vor.

Für den Spätsommer werde ein Impfstoff gegen die Omikron-Variante erwartet.

Die Beauftragung der Testzentren laufe gemäß der Testverordnung zum 30.06.2022 aus.

Das Testzentrum am Holstentor werde darüber hinaus sein Angebot aufrechterhalten. Es werden gegenwärtig Gespräche geführt, ob der Betrieb noch weiterer Testzentren aufrechterhalten werden könne, um für den Herbst ausreichend Kapazitäten zur Verfügung zu haben.

Auf Nachfrage des stellv. AM Fürter teilt Herr Lindenau mit, dass ausschlaggebend für die Aufhebung der Maskenpflicht innerhalb der Verwaltungsgebäude die Änderung der Landesordnung gewesen sei. Die dringende Empfehlung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aus der Landesverordnung sei übernommen worden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Israelsdorf in Betrieb genommen worden sei.

Die Notunterkunft in der Sporthalle des Stadtverkehrs sei aufgehoben worden.

Weitere Wohnunterkünfte werden generiert.

Gegenwärtig erfolge die Aufforderung der letzten noch nicht registrierten Flüchtlinge zur Vorname der Registrierung.

Es sprechen das stellv. AM Fürter und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage des AM Michelle Akyurt BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu VO/2020/08803 "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung
Vorlage: VO/2020/08803-02**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage des AM Michelle Akyurt BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu VO/2020/08803 "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung
Vorlage: 2020/08803-02-01**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verzicht auf offizielle städtische Social-Media-Kanäle
Vorlage: VO/2022/11152**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu. Weist jedoch bereits jetzt darauf hin, dass dem Landgericht eine Ausnahmegenehmigung als Pilotprojekt erteilt worden sei. Allgemeine Aktivitäten der Landesregierung seien nicht zu erkennen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Geruchsrisiken im Gewerbegebiet Semiramis
Vorlage: VO/2022/11209**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. die Erweiterung der Deponie Niemark

Auf Nachfrage des AM Reinhardt führt Herr Senator Hinsen erläuternd aus, dass die Erweiterung der Deponie Niemark nicht im Zusammenhang mit der Thematik der möglichen Aufnahme von Bauschutt aus Atomkraftwerken stehe. Vielmehr sei die Erweiterung der Deponie notwendig, um die Versorgung für das Stadtgebiet sicherzustellen.

Weiterhin teilt Herr Senator Hinsen mit, dass es im Klageverfahren betreffend die Aufnahme von Bauschutt aus Atomkraftwerken bisher keinen neuen Sachstand gebe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. Große Burgstraße

AM Reinhardt teilt mit, dass an den Wochenenden vor dem Gebäude Große Burgstraße 9-13 Passantenstopper den Gehweg versperren und bittet hierzu um Mitteilung, ob seitens der Verwaltung vorgegangen werde. Frau Senatorin Hagen sagt eine Antwort nach Rücksprache zu.

Weiterhin teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass in Zusammenarbeit mit dem Bereich Recht eine Strategie zum weiteren Vorgehen in der Sache Große Burgstraße 9-13 erarbeitet worden sei. Voraussichtlich nach der Sommerpause werde zu einem möglichen Vorgehen berichtet.

Es sprechen AM Reinhardt, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Dr. Flasbarth und erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

„Gemäß § 6 Abs. 4 der Werbeanlagensatzung für die Altstadtbereiche Lübeck und Lübeck-Travemünde vom 5. 10. 2016, die vom Bereich Stadtplanung und Bauordnung erlassen worden ist, sind Werbeaufsteller (Passantenstopper) auf der Altstadtinsel unzulässig. Das Verbot gilt auch in den Fall, wenn es sich um eine wiederkehrende oder eine für kürzer Zeit aufgestellte Anlage handelt (s. Paragraf 6 (4) Werbeanlagensatzung).

Sollte gegen die o. g. Regelung verstoßen werden, liegt ein vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln vor (Ordnungswidrigkeit). Letzteres kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

Der angezeigte Sachverhalt ist an die Bauaufsicht bzw. Baukontrolle weitergegeben und wird von dort bearbeitet. Der Kommunale Ordnungsdienst wird ergänzend eingebunden.“

Die Verwaltung arbeitet derzeit in dieser Angelegenheit an einem Gesamtkonzept zum weiteren Vorgehen und wird dazu nach der Sommerpause gesondert berichten."

zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Lötsch (CDU) betr. die Erreichbarkeit der Bauverwaltung

Das stellv. AM Lötsch kritisiert die mangelnde Erreichbarkeit der Bauverwaltung und bittet um eine Zielsetzung, wann die persönliche Erreichbarkeit der Bauverwaltung wieder sichergestellt sei.

Frau Senatorin Hagen führt zu den Ursachen der mangelnden Erreichbarkeit der Bauverwaltung aus. Insbesondere sei dies auf die personelle Situation bedingt durch Krankheitsausfälle und Fluktuation zurückzuführen. Aufgrund des Fachkräftemangels sei eine umgehende Wiederbesetzung vieler Stellen nicht möglich. Eine im vergangenen Jahr neu geschaffene Stelle der Abteilungsleitung konnte besetzt werden, ebenso zwei Sachgebietsleitungen. Zudem werde ein drittes Sachgebiet aufgebaut. Im Juli und August beginnen neue Mitarbeitende ihren Dienst. Parallel werde an besseren Unterbringungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden gearbeitet.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden teilt Frau Senatorin Hagen weiterhin mit, dass eine Änderung der Eingruppierung der Mitarbeitenden ausgiebig geprüft, jedoch nicht möglich sei. Herr Bürgermeister Lindenau teilt ergänzend mit, dass mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Kontakt betreffend eine mögliche Erteilung einer Fachkräftezulage aufgenommen worden sei. Bisher jedoch ohne positivem Ergebnis.

Auf Nachfrage des AM Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau weiterhin mit, dass die Dauer der Bearbeitung von Bauanträgen immer vom Einzelfall der Baumaßnahme abhängig sei.

Es sprechen der Vorsitzende und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Volksfest

Auf Nachfrage des Vorsitzende betreffend den Hintergrund zum Nichtstattfinden eines Volksfestumzuges führt Herr Bürgermeister Lindenau aus, dass dies unter anderem darin begründet sei, dass eine Vielzahl der gewöhnlich teilnehmenden Vereine aufgrund der coronabedingten Schwierigkeiten eine Teilnahme absagen mussten, sowie darin dass die Schützenvereine eine Teilnahme aufgrund des in der Ukraine stattfindenden Krieges nicht als angemessen empfinden.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die Einführung der eAKte

Auf Nachfrage des Vorsitzenden betreffend die Einführung der eAkte teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass hierzu nach der Sommerpause eine Vorlage vorgelegt werde, mit welcher die Einführung der eAkte offiziell gestartet werde.
Es spricht Herr Senator Hinsen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM Lehrke (Die Unabhängigen) betr. Flüchtlinge aus der Ukraine

Auf Nachfrage des AM Lehrke betreffend die Registrierung der Flüchtlinge aus der Ukraine teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass das Land die Anweisung aufgegeben habe, dass die Flüchtlinge zwecks Registrierung zur zentralen Landesaufnahmestelle müssen, sofern sie keine Familienangehörigen haben, bei welchen sie unterkommen können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Jahresbericht 2021 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck

Auf Nachfrage des stellv. AM Fürter betreffend die Umsetzung von Baumaßnahmen teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass ein strukturelles Problem nicht vorliege.

AM Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung folgender Nachfragen:

- Wie ist die Zeitplanung bei der Stadtgrabenbrücke?
- Wann ist der Baubeginn bei der Hansehalle? Welche Unstimmigkeiten betreffend die Finanzierung gibt es mit der Possehl-Stiftung?
- Wie ist die Zeitplanung für das Baugebiet an der Schlutuper Straße?

Im Weiteren unterbreitet AM Dr. Flasbarth den Vorschlag zur Erweiterung der Beratungsfolge um den Bauausschuss.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung der Fragen zu Protokoll zu.

AM Krause bittet um Mitteilung, wann die Umsetzung der Parkpalette Fahrenberg vorgesehen sei.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung nach Rücksprache mit der KWL zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

Nachtrag zu Protokoll:

Stadtgrabenbrücke

Die Ausschreibung ist für Anfang 2023 geplant mit einer Vergabe und Baubeginn im Frühjahr 2023. Das Projekt ist zwischenzeitlich im Welterbe- und Gestaltungsbeirat der HL vorgestellt worden und wird aktuell im Entwurf angepasst. Der Abschluss der Maßnahme ist auf Frühjahr 2024 terminiert.

Hansehalle

Aktuell wird die Ausführungsplanung bearbeitet mit anschließender Ausschreibung und Beauftragung der Gewerke. Der Baustart ist für Anfang 2023 vorgesehen mit einer Fertigstellung wird Mitte 2024 geplant.

Aktuell werden noch einmal die aktuellen Kosten ermittelt, da sich im Rahmen der Kostensteigerung an den Märkten diese im Vergleich zur EW-Bau um 40%-50% erhöhen werden.

Da das Projekt über ein

Förderprogramm des Landes sowie Finanzmitteln aus dem Lübecker Haushalt, der Possehl-Stiftung und Geldern des VfL Bad Schwartau-Lübeck finanziert werden soll, muss die Kostensituation vor der Versendung der Ausschreibungsunterlagen mit allen Beteiligten geklärt werden. Federführend hierbei ist der Bereich 4.401 Schule und Sport. Je nach Verlauf und Ergebnis dieser Klärung wird über den Fortgang des Projektes entschieden werden.

Baugemeinschaft Schlutuper Straße:

Aus dem Jahresbericht geht auch hervor, dass 2.280 Liegenschaften zuständig ist. Das FBC2 wurde informiert, dass eine Antwort von dort erfolgen muss. Diese liegt nun vor und wird gemeinsam mit unseren Antworten übersandt:

Der B-Plan für das Projekt „Schlutuper Straße“ wurde erst im Mai 2022 beschlossen. Die KWL ist per Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Projektleitung betraut. Die Projektsteue-

rung wurde bereits ausgeschrieben und im Juni 2022 vergeben. In 2023 werden die Erschließungsmaßnahmen beginnen.

zur Parkpalette Fahrenberg:

Es erfolgte die fristgerechte Vergabe der Projektsteuerungsleistungen an das beauftragte Planungsbüro. Derzeit wird die funktionale Leistungsbeschreibung erstellt mit sämtlichen Anlagen für das VgV Verfahren.

Wenn die extern zugesagten Leistungen fristgerecht eingehen wird der Teilnahmewettbewerb Ende August bekanntgemacht. Mit dem Eingang der Teilnahmeanträge wird mit Ende September gerechnet.

Im Anschluss geben qualifizierte Teilnehmer:innen ein Angebot ab. Beauftragung ist für Ende 2022 angedacht. Ende 1. Quartal 2023 Erstellung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Baugenehmigungsverfahren bis August 2023, parallel zur Erstellung der Ausführungsplanung.

Baubeginn Ende 3. Anfang 4. Quartal 2023 mit Fertigstellung im 3. Quartal 2024 und Projektabschluss im 4. Quartal 2024.

**zu 4.2 Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2021
Vorlage: VO/2022/11022**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen
Vorlage: VO/2022/11142**

Auf Nachfrage des AM Luetkens teilt Frau Senatorin Steinrücke mit, dass auf die zweite Ausschreibung Angebote abgegeben worden seien.

Auf Nachfrage des beratenden AM Akyurt betreffend die aktuellen Aufenthaltsschwerpunkte der drogensuchtkranke Bürger:innen teilt Herr Senator Hinsens mit, dass eine ausführliche Erläuterung diesen Themas unter der Beteiligung der Polizei im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung vorgesehen sei.

Es sprechen Herr Bürgermeister Lindenau und AM Simon.

Der Vorsitzende legt ein Konzept des Deutschen Roten Kreuzes zur Errichtung einer Begegnungsstätte in Containerbauweise vor. Herr Bürgermeister Lindenau nimmt die Unterlagen zur Prüfung - unter Hinweis darauf, dass bereits Aufträge erteilt worden seien und ein Abbruch des Projektes Kosten auslösen könnte - entgegen.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – das stellv. AM Fürter, das stellv. AM Lötsch, Herr Bürgermeister Lindenau, das beratende AM Akyurt, AM Dr. Flasbarth, AM Reinhardt und der Vorsitzende.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Bericht zum Antrag des Jugendhilfeausschusses zum Austauschvertrag von AM Puhle (SPD), Hildebrand (CDU), Stojan (Grüne) zu: "Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck"
Vorlage: 2/10827-01-01-01**

AM Dr. Flasbarth bittet um Erläuterung der im U3-Bereich aufgeführten Kosten in Höhe von über 300 Euro je Betreuungsstunde.

Zudem merkt AM Dr. Flasbarth an, dass in den Kosten, welche zusätzlich durch die Kita-Reform entstanden seien, die Verringerung der Schließzeiten aufgeführt seien. Jedoch wurde dies für Lübeck bereits durch Beschluss 2017 beschlossen. Warum erfolgt eine erneute Auf-führung?

Frau Senatorin Frank sagt die Nachlieferung einer Erläuterung zu den Betreuungskosten zu. Betreffend die Kosten aufgrund der Verringerung der Schließzeiten teilt Frau Senatorin Frank mit, dass bisher keine flächendeckende Umsetzung des Beschlusses aus 2017 erfolgt sei. Frau Senatorin Frank sagt zu, die Hintergründe hierfür in Erfahrung zu bringen.

Es sprechen AM Simon und Frau Senatorin Frank.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zu Protokoll:

„Eine rechtliche Verpflichtung zur Reduzierung der Schließtage ergab sich erst aus den Änderungen des KitaG im Jahr 2020. Die im Jahr 2017 geltenden Budgetverträge enthielten keine Handhabe, die Reduzierung der Schließtage ohne Zustimmung der Träger einzufordern. Es wurde folglich nur auf freiwilliger Basis mit entsprechendem finanziellen Ausgleich reduziert.“

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Verstetigung der im Jahr 2018 neu geschaffenen, befristeten zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene**
Vorlage: VO/2018/06130-01

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Jahr 2018 befristet geschaffenen zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene der Hansestadt Lübeck zu entfristen und langfristig zu gewähren. Dies betrifft je eine derzeit befristete Streetwork-Stelle bei der AWO Schleswig-Holstein gGmbH sowie bei der Vorwerker Diakonie gGmbH.

Zur Verstetigung der zwei Streetwork-Stellen sollen die für diese Stellen benötigten Mittel, die bisher laufend als Zuwendung in Form eines jährlichen Bescheides im städtischen Haushalt geplant wurden, zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die Budgetverträge der beiden Träger mit aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 **Freiwillige Restitution von Objekten aus der Völkerkundesammlung der Hansestadt Lübeck**
Vorlage: VO/2021/10537

Die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 5.3 **Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck**
Vorlage: VO/2022/10755

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der TOP 5.3 und 5.4.

Der Vorsitzende unterbreitet Bezug nehmend auf die vordergründige Debatte um die Höhe der Verpflegungskosten den Vorschlag, die Verpflegungskosten pro Kind auf 78 Euro monatlich festzulegen und bittet bis zur nächsten Sitzung um Darlegung der Kosten für die Stadt, wenn diese den verbleibenden Betrag übernehmen würde.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - Frau Senatorin Frank, das stellv. AM Fürter, AM Dr. Flasbarth und AM Krause.

Der Vorsitzende beantragt – wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt – die Vertagung der Beratung zu TOP 5.3 und TOP 5.4 bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung der TOP 5.3 und 5.4 zu.

Beschluss:

Die 13. Änderung der Entgeltordnung vom 28.02.2005 in der Fassung des 12. Nachtrages vom (28.02.2022) wird für das Kindergartenjahr 2022/2023 gemäß der Anlage 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/10758**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.3 –

Beschluss:

Die Elternbeitragssatzung für Kindertagespflege in Lübeck gem. Anlage 2 wird beschlossen. Die Satzung tritt zum 01.08.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 5.5 Verlängerung der Pilotphase des Vertretungsmodells Kindertagespflege um ein Jahr

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die ursprünglich bis 31.07.2022 vorgesehene Pilotphase zur Erprobung des Vertretungsmodells wird um ein Jahr verlängert.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Preistarif Nordische Filmtage Lübeck - Anpassung der Ticketpreise
Vorlage: VO/2022/11107**

Das stellv. AM Lötsch bittet darum, der Vorlage bis zur Sitzung der Bürgerschaft eine Synopse beizufügen.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Preistarif für die Nordischen Filmtage Lübeck wird beschlossen und tritt zum 01.10.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2021/10558**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 5.7.1 Änderungsantrag des AM David Jenniches (AfD): Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2021/10558-10**

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

**zu 5.7.2 Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag zur Anlage C - Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 2021/10558-06-01**

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

**zu 5.7.3 Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag
Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 2021/10558-11-01**

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Die Unabhängigen: Änderungen der Geschäftsordnung der Bürgerschaft zur Durchführung der Einwohnerfragestunde
Vorlage: VO/2022/11108**

AM Lehrke spricht zum Hintergrund des Antrages.

AM Krause beantragt die punktweise Abstimmung.

Es sprechen Herr Bürgermeister Lindenau, AM Reinhardt, AM Dr. Flasbarth, das stellv. AM Fürter, erneut AM Krause und AM Lehrke.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag punktweise abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Anforderungen in Verbindung mit der Einwohnerfragestunde in der Geschäftsordnung der Bürgerschaft zu berücksichtigen und die geänderte Geschäftsordnung der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. Die Frist zur Einreichung von Einwohnerfragen soll von 16 Tagen auf 6 Tage verkürzt werden.
2. Die Einwohnerfragen sollen nicht nur schriftlich sondern auch per E-Mail eingereicht oder zu Protokoll gegeben werden können.
3. Sofern der Fragestellende nicht in der Sitzung anwesend sein sollte, erfolgt eine schriftliche Antwort.
4. Die Einwohnerfragen und die entsprechenden Antworten sind auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen.
5. Sofern eine Einwohnerfrage nicht zugelassen wird, erhalten die Fraktionen und die Fragestellenden eine Information darüber mit entsprechender Begründung.
6. Eine Einwohnerfragestunde soll auch in Ausschusssitzungen eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 1.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 2.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 3.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 4.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 5.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Als Empfehlung an die BÜ zu 6.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag Sascha Luetkens (DIE LINKE) und Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukrainischer Geflüchteter Vorlage: VO/2022/11179

Es diskutieren hierzu – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – AM Luetkens, Herr Bürgermeister Lindenau, das stellv. AM Odendahl, das beratende AM Akyurt, AM Krause, AM Dr. Flasbarth und der Vorsitzende.

AM Luetkens zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die per Fähre aus Klaipeda ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine verwaltungsseitig in Empfang zu nehmen, über die Weiterreisemöglichkeiten aufzuklären und sicherzustellen, dass sie eine Übernachtungsmöglichkeit finden, die für ihre Bedürfnisse und Zielorte geeignet sind.

Hierzu zählen insbesondere:

1. Verfügbarkeit einer einfach und schnell zu erreichenden Unterkunftsmöglichkeit ohne Registrierung für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, den diese am Tag der Ankunft mit der Fähre nicht mehr erreichen können.
2. Organisation von Zugfahrkarten für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, der noch am selben Abend erreicht werden kann (Hintergrund: Der Ticketschalter am Lübeck Hbf. schließt um 20 Uhr, die Ankunft dort erfolgt aber z.T. erst später).

3. Verfügbarkeit von geeigneten Unterkunftsmöglichkeiten und direkter Transport für Geflüchtete mit eingeschränkter Mobilität und anderen Einschränkungen (Invalidität, Schwangerschaft, Mitführung von Kleinkinder, Behinderungen etc.).

4. Organisation des Transportes in die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Bad Segeberg und Neumünster für Geflüchtete, die in Schleswig-Holstein bleiben möchten.

Der Bürgermeister wird zudem aufgefordert, im nächsten Hauptausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Kosten und Personalaufwand zu berichten und diese haushälterisch zu ordnen.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:53 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18:56 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 29. Juni 2022

Oliver Prieur
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung